

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES AM 06.12.2012

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 06.12.2012
Beginn: 18:05 Uhr
Ende: 20:20 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Astrid Glos

Vertretung für Frau Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Steinruck

Vertretung für Herrn Klaus Christof

ödp-Stadtratsgruppe

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Schriftführer/in

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Bauamtsleiter Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:**SPD-Stadtratsfraktion**

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

Gäste:

Stadtrat Marstaller

Stadtrat Freitag

Ortssprecherin Schlötter

Ortssprecher Pfreizinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Finanzausschusses vom 25.10.12

Die öffentliche Niederschrift vom 25.11.2012 ist gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

2. Hort Spielraum; mündliche Sachstandsinformation (Entscheidung am 13.12.12)

Verwaltungsinspektor Roth geht ausführlich auf den Sachverhalt ein und stellt die verschiedenen Varianten dar. Die Vorstellung liegt der Niederschrift als wesentliche Anlage bei.

Stadträtin Kahnt ist der Auffassung, dass es die schlechteste Lösung sei, wenn der Mietvertrag nochmals um ein Jahr verlängert werde. Sie möchte wissen, weshalb die Anerkennung der 50 Hortplätze nochmals beschlossen werden müsse.

Verwaltungsrat Hartner macht deutlich, dass die Anerkennung an den Mietzeitraum gekoppelt war und aufgrund dessen der Beschluss nochmals gefasst werden müsse.

Mit Blick auf die Variante „Deusterhalle“ möchte Stadträtin Kahnt außerdem wissen, bis wann mit den ersten Ergebnissen gerechnet werden kann.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass eine ausschließliche Beachtung hinsichtlich des Horts im ersten Quartal 2013 feststehen könnte, jedoch bei einer umfassenden Betrachtung (Hort, Mehrzweckhalle) noch kein Zeitraum benannt werden könnte, weil dies an verschiedenen Faktoren hänge.

Bei folgender Diskussion geht der Dank an Verwaltungsinspektor Roth. Darüber hinaus wird festgestellt, dass mit Blick auf die Planungssicherheit der Eltern der Bedarf anerkannt werden sollte. Kritisch wird betrachtet, dass bereits seit zwei

Jahren diese Situation bekannt war, die Verwaltung jedoch nicht gehandelt habe. Darüber hinaus wird auf die gegenwärtige Auslastung verwiesen sowie auf eine Vielzahl von Angeboten anderer Einrichtungen.

Darüber hinaus wird auch über die verschiedenen Varianten diskutiert, wobei beispielsweise der Innopark mit Blick auf die nötige Beförderung als nicht geeignet betrachtet werde und sich die Deusterhalle, als im städtischen Eigentum liegende Halle, für die Unterbringung anbieten würde. Hierbei werden lediglich die Investitionskosten zu Bedenken gegeben.

In Bezug auf mögliche Standorte wird auch gebeten, die bestehenden Einrichtungen und städtischen Liegenschaften bei der Prüfung einzubeziehen.

Stadträtin Wallrapp möchte eine Aufstellung sämtlicher Kosten, die für das Haus Marienthal aufgewandt werden. Darüber hinaus bitte sie um Prüfung, in welchem Umfang der Spielraum e. V. noch tätig sei, da hierfür im städtischen Haushalt ein Zuschuss in Höhe von 7.500,00 € eingestellt ist. Außerdem möchte sie wissen, ob das Haus Marienthal auch weiterhin die Trägerschaft übernehme, wenn sie die gleiche Förderung, wie alle anderen Träger auch, erhalten.

Verwaltungsrat Hartner berichtet kurz über den Kindergartengipfel, bei dem es im Wesentlichen um die Umwandlung von Kindergarten- in Krippenplätzen ging, sowie um die finanzielle Situation der Träger. Hinsichtlich der Defizitübernahme, die hinsichtlich der AWO im Gremium behandelt und letztlich abgelehnt wurde, bestand die Auffassung, dass dies nicht pauschal sondern im Einzelfall differenziert betrachtet werden müsste.

Es ist vorgesehen, dass sämtliche Betreuungsangebote in einer der nächsten Ausgaben des Falter dargestellt werden. Im Ergebnis waren die Beteiligten mit dem Kindergartengipfel zufrieden.

Abschließend weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass für den 13.12.2012 eine Sitzungsvorlage erstellt wird, in der der Mietvertrag über den 31.08.2013 hinaus verlängert wird und der Bedarf von 50 Plätzen anerkannt wird. Darüber hinaus soll eine Entscheidung getroffen werden, für welche Varianten die Verwaltung eine Prüfung erstellt.

Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller verweist die Angelegenheit in die Fraktionen und Gruppen.

3. Städtischer Zuschuss an den Stadtmarketingverein Kitzingen für 2013 ff

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzungsvorlage und schlägt vor, dem Stadtmarketingverein für die nächsten drei Jahre erneut mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 50.000,00 € zu unterstützen.

Stadtrat Schmidt stellt fest, dass der Stadtmarketingverein sehr gute Arbeit leiste und der Verein sehr gut geführt sei. Gleichwohl ist er der Auffassung, dass die Unterstützung des Vereins ursprünglich als Anschubfinanzierung gedacht war. Der Verein habe sich etabliert, weshalb man darüber nachdenken sollte, den Zuschuss nach und nach zurückzufahren. Aus diesem Grund spricht sich die UsW für einen Zuschuss in Höhe von 40.000,00 € aus.

Stadtrat Schmidt spricht dabei auch die Gleichbehandlung gegenüber anderen Vereinen an.

Stadtrat Moser stellt fest, dass die Kürzung eine Ohrfeige für das ehrenamtliche

Engagements des Vereins sei. Der Verein tue für das Image der Stadt sehr viel, weshalb sich die CSU für einen Zuschuss in Höhe von 50.000,00 € ausspricht.

Stadträtin Glos verweist ebenfalls auf das ehrenamtliche Engagement des Vereins und auf die Konsequenzen, wenn der Zuschuss zurückgefahren werde. Sie spricht sich auch für den Zuschuss in gleicher Höhe aus.

beschlossen **dafür 7** **dagegen 6**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen leistet zur Unterstützung des Stadtmarketingvereins für die Jahre 2013 bis 2015 einen freiwilligen jährlichen Zuschuss in Höhe von 50.000,00 €.
3. Die Bezuschussung des Stadtfestes wird hiervon nicht berührt.
4. Dem Stadtrat ist jährlich ein Tätigkeitsbericht vorzulegen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Jahre 2013 bis 2015 die Ziele für die Arbeit des Stadtmarketingvereins zu definieren.

**4. Landkreisfaschingsumzug 2013;
hier Zuschussantrag**

beschlossen **dafür 13** **dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Auf Antrag der Kitzinger Karnevalsgesellschaft stellt die Stadt Kitzingen für den Landkreisfaschingsumzug 2013 Bauhofsleistungen im Wert von max. 4.500,00 € zur Verfügung.
3. Darüber hinaus gewährt die Stadt Kitzingen für den Landkreisfaschingsumzug einen Sachkostenzuschuss in Höhe von 1.500,00 €.

Ein Defizitnachweis ist vorzulegen.

5. Auftragsvergaben

**5.1. Klärwerk Kitzingen - Belebungsbecken - Austausch der Rührwerke
hier: Auftragsvergabe nach VOB**

beschlossen **dafür 13** **dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Den Auftrag für den Austausch der Rührwerke in den Belebungsbecken (Denitrifikationsbecken) des Klärwerkes Kitzingen erhält die Firma Xylem Water Solutions Deutschland GmbH in Langenhangen, mit einer Auftragssumme von 59.398,85 € brutto gemäß Angebot vom 12.10.2012.

**5.2. Mittelschule Kitzingen Siedlung,
Energetische Sanierung/ Brandschutz;
hier: Auftragsvergabe nach VOB
- Metallbau- und Verglasungsarbeiten**

beschlossen dafür 13 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag aus wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Metallbau- und Verglasungsarbeiten an der Mittelschule Kitzingen Siedlung wird an die Firma Schmelz Metall GmbH & Co. KG, Karbach vergeben.

Die geprüfte Angebotssumme beträgt 23.116,94 € (brutto).

6. Bebauungsplan Nr. 52 "Fuchsgraben": Antrag auf Änderung

Bauamtsleiter Graumann geht ausführlich auf den Sachvortrag ein und erklärt, dass der Antragssteller ein Einfamilienhaus errichten möchte und aufgrund gegenwärtiger Darstellung im Bebauungsplan als Parkfläche der Bebauungsplan geändert werden müsste.

Stadträtin Richter möchte wissen, wo der Antragssteller die Parkplätze für die Wohnhäuser errichten werde, die ebenfalls in das Eigentum des Antragsstellers fallen. Sie weist darauf hin, dass die Anwohner auf der Straße parken.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass lediglich Stellplätze für sein zu bauendes Wohnhaus errichtet werden müssen, hingegen nicht für den bestehenden Wohnblock aus den dreißiger Jahren.

Er erklärt, dass der Bauwerber nach dem Neubau seines Hauses, auf die Restfläche die entsprechenden Parkplätze errichten möchte.

Stadträtin Glos verweist auf zu entstehende zweistöckige Gebäude, welches ihrer Auffassung nach den hinteren Wohnblock in der Qualität einschränke. Sie möchte wissen, ob man mit dem Bauwerber diesbezüglich nochmals sprechen könnte. Darüber hinaus möchte sie, dass in einem Vertrag geregelt wird, dass die versprochenen Parkplätze auch tatsächlich gebaut werden.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass eine Änderung der baulichen Art und Weise mit dem Antragssteller abzustimmen sei.

Auf weitere Fragen hinsichtlich der Parkplätze macht Bauamtsleiter Graumann nochmals deutlich, dass gegenwärtig die Parkplätze nur für seinen Neubau nachgewiesen werden müssen und eine Pflicht hinsichtlich der Wohnblocks nicht bestehe, auch wenn der Bebauungsplan die Fläche als Parkplätze ausweise. Der Bauwerber habe eine Eigenmotivation im Anschluss die Parkplätze zu errichten.

Stadträtin Schwab stellt fest, dass das Grundstück seit 20 Jahren nicht gepflegt wurde und aufgrund dessen bei einem Bebauungsplan hinsichtlich der Grünordnung zu einem überproportionalen Aufwand und zu Problemen kommen könnte.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass dies in der Prüfung entsprechend beachtet werden müsste und im Falle, es trete tatsächlich ein, sei das Verfahren zu ändern.

Die Stadträte Schmidt und Steinruck befürworten den Vorschlag der Verwaltung,

nachdem der Bau eine Verbesserung der Situation darstelle.

Stadtrat Schmidt erklärt, dass man mit dem Bauwerber in der Art verhandeln sollte, dass nach der Errichtung der Parkplätze er sein Bauvorhaben umsetzen könne.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass Beides nicht mit einander verknüpft werden kann. Sie ergänzt, dass die aus dem Fall ergebenden Probleme erkannt seien und eine Lösung gefunden werde.

Einige Stadträte verweisen auf die Möglichkeit eines Radweges, der an dieser Stelle gebaut werden könnte, worauf Oberbürgermeister Müller darstellt, dass dieser mit Blick auf die gegebene Bebauung sicherlich nicht umgesetzt werden könne.

Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller verweist die Angelegenheit in die Fraktionen und Gruppen, so dass die Entscheidung in der Sitzung des Stadtrates am 13.12.2012 getroffen werden könne.

7. Erlass der Verordnung über das Baden im Main und Betreten und Befahren von Eisflächen (Bade- und EislaufVO)

Oberrechtsrätin Schmöger geht ausführlich auf den Sachvortrag ein und stellt die Verordnung über das Baden im Main und Betreten und Befahren von Eisflächen dar.

Das Baden im Main sollte nicht gestattet werden. Zwar gebe es eine gesetzliche Vorschrift wonach 100 Meter von Brücken das Schwimmen nicht erlaubt sei, gleichwohl sollte die Verordnung gefasst werden, da insbesondere der Bereich bis zur Spitze der Mondseeinsel eingeschränkt werden soll.

Eisflächen dürfen nur dann genutzt werden, wenn die Verwaltung die Nutzung ausdrücklich freigibt und mit Schildern entsprechend darauf hinweist.

Stadträtin Glos könne sich vorstellen, im Bereich der Stadtbalkone einen eingegrenzten Bereich für das Schwimmen zuzulassen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte kurz über die Verordnung, wobei auch die Meinung deutlich wird, dass hinsichtlich des Schwimmens die bereits bestehende gesetzliche Vorschrift (100 Meter bei Brücken) ausreichend sei und nicht nochmals eine Regelung erfolgen müsse. Der Regelung hinsichtlich der Eisflächen könne man zustimmen.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass die Verordnung nur in Gänze beschlossen werden könne.

Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller verweist die Entscheidung in die Sitzung des Stadtrates am 13.12.2012.

8. Sonstiges

8.1. Information von Bauamtsleiter Graumann Verweist auf Tischvorlage zum Verkehrsentwicklungsplan

Bauamtsleiter Graumann verweist auf eine Tischvorlage hinsichtlich des Verkehrsentwicklungsplans, in der das weitere Vorgehen (Sachstand, zu bearbeitende Themen) dargelegt wurde. Die Konzeptansätze werden nach der Fertigstellung im Gremium vorgestellt (1. Quartal 2013).

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:20 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt